

Landesmedienkonferenz CORONAVIRUS

Redigierte Live-Mitschrift

28.04.2020

Organisiert durch:

ÖSDV – Österreichischer SchriftdolmetscherInnen-Verband



Erstellt von: Mag. Daniela Eichmeyer-Hell MA, MMag. Agnes Tauscher

Der vorliegende Text ist die redigierte Version der Live-Mitschrift, und ist als das Ergebnis einer flüchtigen mündlichen Darbietung zu verstehen, bei der die Schriftdolmetscher/in/nen nur stark eingeschränkte Möglichkeit der Korrektur hat/haben. Für Vollständigkeit und Richtigkeit kann daher keine Garantie übernommen werden.

Trotz des Korrekturdurchlaufs können Mitschriften Fehler enthalten, sei es durch Fehler der Sprechenden oder durch Fehler der Dolmetschenden. Darüber hinaus können Passagen, die in der Live-Situation verständlich waren, in Schriftform ohne Kontext wie Mimik, Gestik oder Präsentationsfolien unverständlich werden.

Bemerkungen und Nebengeräusche, die sich nicht direkt auf die Veranstaltung beziehen, werden in der Live-Situation angeführt, in der Mitschrift aber entfernt, außer der/die Sprecherin bezieht sich auf diese. Die vorliegende Mitschrift ist urheberrechtlich geschützt und als solche nur für den internen Gebrauch bestimmt. © 2020 Eichmeyer-Hell, Tauscher

Landesmedienkonferenz Coronavirus – 28.04.2020

(Hr. Steinegger) Willkommen im Pressesaal im Landhaus I in Bozen. Bevor wir zu den Inhalten kommen, ein Hinweis in eigener Sache: Wie bereits angekündigt, findet die Landesmedienkonferenz ab heute und bis auf Widerruf dienstags und donnerstags statt. Die Zeit bleibt gleich.

Zum Hauptthema für heute: Es ist die sogenannte Phase II oder der "Neustart Südtirol". Die Signale von Ministerpräsident Giuseppe Conte aus Rom haben die Gemüter auch in Südtirol erhitzt. Heute hat sich auch die Landesregierung damit beschäftigt, wie der Weg weitergehen soll. LH Arno Kompatscher wird uns informieren. Wir erwarten auch Landeshauptmann-Stellvertreter Giuliano Vettorato, der spätestens um 17:00 Uhr zu uns stoßen wird. Damit geht das Land Wort an den Landeshauptmann.

(LH Kompatscher) Dankeschön, einen schönen guten Nachmittag auch von meiner Seite! Es ist zunächst die Voraussetzung für eine Phase II, dass wir eine entsprechende epidemiologische Entwicklung haben. Das heißt, dass auch die Zahl der Neuinfektionen, der akut Erkrankten weiter zurückgeht und dass wird die Situation im Griff haben.

Zunächst einmal die Zahlen, die uns heute vom Gesundheitsbetrieb übermittelt worden sind: Es sind in den letzten 24 Stunden 490 Abstriche ausgewertet worden, etwas weniger als bisher. Wir sind inzwischen bei einem Schnitt von über 1.000. Insgesamt sind 39.130 ausgewertete Abstriche gemacht worden bei 18.567 Personen. Von den 490 waren nur zwei positiv in den letzten 24 Stunden. Gleichzeitig konnten 30 Personen als geheilt erklärt werden. Wir haben inzwischen eine Zahl von 1.316 offiziell geheilte Personen. Ich habe mehrfach darauf hingewiesen, dass das Procedere nach den italienischen staatlichen Vorgaben relativ aufwändig ist, bis man offiziell als geheilt erklärt werden kann. Trotzdem sind schon 1316. Es sind "nur" noch 910 Personen, die aktuell als mit dem Virus infiziert gelten.

Wir haben leider insgesamt die Zahl von 272 Todesopfern zu beklagen. Das ist für mich in dieser Aufzählung immer ein Problem, das so als statistische Zahl zu nennen. Das sind Menschen, meist ältere Menschen, denen Lebensmonate fehlen, die mit oder an dem Coronavirus verstorben sind. Die Angehörige trauern um sie. 166 Personen sind in den Krankenhäusern verstorben und 106 in den Altersheimen. 1.969 Menschen haben wir noch in Quarantäne. Es sind inzwischen 7.716 Südtiroler und Südtirolerinnen aus der Quarantäne entlassen worden. Sie gelten jetzt als geheilt oder nicht mehr als potentielle Überträger. Nur noch 1.969 sind in Quarantäne. Auch diese Zahl hat sich enorm verschoben.

Es sind 231 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Gesundheitsbetriebs, die sich insgesamt in der ganzen Zeit am Virus infiziert haben. Diese Zahl ist seit vielen Tagen stabil. Manchmal kommt eine

oder maximal zwei Personen dazu. Es sind Menschen, die tatsächlich aktiv infizierte Personen betreuen und tagtäglich viele, viele Stunden nahe an den infizierten Personen arbeiten. Das zeigt, dass der Schutz funktioniert. 160 davon sind auch bereits geheilt. Die Zahl der infizierten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen geht jeden Tag stark zurück. Von den 12 Basisärzten, die insgesamt infiziert waren, sind 11 als geheilt zu betrachten. Von den zwei Basiskinderärzten sind beide geheilt. Das sind auch positive Nachrichten und die Zahlen stimmen zuversichtlich.

Aber die Pandemie ist noch nicht überstanden, das Virus ist da! Es ist eine Gefahr für unsere Gesundheit. Wir müssen uns dementsprechend verhalten. Das ist auch das klare Bewusstsein der Landesregierung. So wollen wir auch die Phase II gestalten. Hier hat es nun einen Disput bzw. Konflikt mit der Herangehensweise der Regierung gegeben. Wir haben uns etwas anderes erwartet als das, was Ministerpräsident Giuseppe Conte am Sonnabend mit dem neuen Dekret, das er erlassen hat, verkündet hat.

Es geht dabei nicht einmal so sehr um das Inhaltliche. Das eine ist, dass wenn man Italien betrachtet, auch den unterschiedlichen Situationen Rechnung tragen muss. In der Lombardei ist eine andere Situation als in Sizilien und in der Emilia Romagna eine andere als in Apulien. Damit versteht man, dass man große Änderungen nicht sofort machen kann. Und vor allem versteht man, dass man mit Vorsicht vorgehen muss. Uns hat enttäuscht, dass man dieser Situation zu wenig Rechnung getragen hat und autonome Spielräume nicht vorgesehen hat.

Die Regierung gibt natürlich grundsätzlich etwas vor, aber wir haben uns erwartet, dass es möglich ist, aufgrund der epidemiologischen Entwicklung auf lokaler Ebene eigene Regeln zu erlassen. Das ist nicht vorgesehen. Dementsprechend war unsere Reaktion.

Nachdem wir durchaus anerkannt haben, dass die Regierung Conte in der ersten Phase in Bezug auf die Schutzmaßnahmen gut, schnell und stark reagiert hat, hatten wir auch akzeptiert, dass es in der Unmittelbarkeit der Gefahr eine kurzfristige Einschränkung gegeben hat. Diese war von Rom aus zentral für alle Regionen wirksam, trotz unserer Autonomie. Das ist in so einer Situation nachvollziehbar gewesen. Aber nicht, wie jetzt, wo es um die Planung der nächsten Monate geht. Es handelt sich bei der Phase II nicht um zwei Wochen, sondern um die nächsten Monate, die wir mit dem Virus leben müssen.

Wir müssen schauen, dass wir unser wirtschaftliches, gesellschaftliches und kulturelles Leben wieder in Gang bringen. Wir müssen noch Vorkehrungen treffen, dass das nicht zu einem Aufflammen, zu einer zweiten Welle führt. Es ist ein leichter Anstieg zu erwarten, wenn es wieder mehr Aktivität gibt. Aber man muss es so gestalten, dass es milder verläuft.

Deshalb haben wir nach Beratung entschieden, dass wir einen eigenen Weg gehen wollen. Das ist auch deutliche Kritik an der Vorgehensweise der Regierung in der Phase II. Die Phase I war anerkennenswert. In der Phase II sehen wir das kritisch und sehen den Weg von Rom nicht als den richtigen. Daher möchten wir einen eigenen Weg gehen, aber müssen das über ein Gesetzgebungsverfahren angehen. Wir müssen den Landtag mit der Angelegenheit befassen.

Es nützt nicht, wie ein Tiger zu starten und wie ein Bettvorleger zu landen, wenn wir das mit einer Verordnung auf den Weg bringen wollten. Die würde sonst von der Regierung angefochten und dann außer Kraft gesetzt werden. Wir wollten haltbare Maßnahmen setzen. Also brauchen wir ein Landesgesetz.

Wir brauchen auch die Mithilfe der Mehrheitsfraktionen. Die Mehrheit steht kompakt zu dieser Vorgehensweise. Aber wir brauchen auch die Mithilfe der Angehörigen der politischen Minderheiten, damit es schnell gehen kann. Ich werde heute Abend mit den Fraktionssprechern aller Parteien im Südtiroler Landtag eine Videokonferenz haben. Darin werde ich über die geplante Vorgehensweise informieren und mir anhören, was die Vertreter der politischen Minderheiten dazu sagen. Ich baue darauf und hoffe, dass es einen gemeinsamen Weg geben kann.

Es geht um die Inhalte dieses Gesetzes. Es ist legitim, dass man darüber mitunter auch heftig diskutiert, wie was geregelt werden soll. Ich hoffe, es gibt ein Mitwirken aller Parteien, damit wir das schnell machen können. Wenn es jetzt Obstruktionen gäbe, würde sich das in die Länge ziehen. Das wäre zum Nachteil der Menschen in unserem Land, insbesondere der Wirtschaftstreibenden. Deshalb baue ich darauf, dass wir uns gemeinsam darauf verständigen können.

Ich darf anerkennend sagen, dass bisher in diesen Fragen die Opposition mitgewirkt hat. Wir haben bereits ein Landesgesetz verabschiedet und dort war das ein sehr faires Miteinander. Damit konnte das Landesgesetz schnell verabschiedet werden. Ich hoffe, dass das diesmal auch der Fall sein wird.

Wir haben für diese Phase II - und damit schließe ich meinen Vortrag und öffne für die Fragen - eine Erwartungshaltung der Bevölkerung. Wir waren alle müde davon, wir waren sicher nicht mehr willens, über weitere Wochen oder Monate eine Situation des sogenannten Lockdowns zu ertragen, der Beschränkung der persönlichen Freiheiten und der wirtschaftlichen Aktivitäten.

Es geht um die Existenz vieler Menschen, vieler Familien in diesem Land - seien es Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen oder Unternehmerinnen und Unternehmer. Es ist klar, dass inzwischen Sorgen da waren und dass es eine Erwartungshaltung gegeben hat. Am vergangenen Sonntag gab es eine Enttäuschung.

Es gilt aber jetzt klarzustellen, dass wir nicht sagen können: "Ab nächster Woche ist in Südtirol alles, wie es vorher war". Auch wir müssen verantwortungsvoll diese Phase II gestalten. Wir wollen aber auch in diesem zu verabschiedenden Südtiroler Landesgesetz jede Menge Maßnahmen vorsehen, die dem Schutz der Gesundheit dienen. Wir werden aber auch auf Eigenverantwortung bauen. Wir sind davon überzeugt, dass die Menschen hier eigenverantwortlich handeln können.

Wir haben diesen Weg gewählt, weil es nicht um eine Woche geht. Wäre es nur eine Woche, dann könnten wir damit leben, was die Regierung verabschiedet hat. Aber es geht um viele Monate, da wollen wir eigenverantwortlich entscheiden. Deshalb auch dieser aufwendige Weg über den Landtag. Der wird Tage in Anspruch nehmen. Das ist das Recht des Landtages, es sind Gesetze einzuhalten.

In der nächsten Woche werden wir noch keine weitere Öffnung haben, weil das Landesgesetz seine Zeit braucht. Aber wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass wir mit Vorsicht und Bedacht, aber trotzdem mutig jetzt wieder zurückkehren in das wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Leben, das wir uns alle herbeisehnen.

Wir werden die notwendigen Sicherheitsvorkehrungen treffen und darauf bauen, dass wir gerade jetzt, wo wir sehr unter Beobachtung stehen und diesen eigenständigen Südtiroler Weg wählen, der in ganz Italien für Schlagzeilen sorgt, zeigen, dass es auch anders geht: ohne dass alles extrem kontrolliert und von oben herab im Detail geregelt ist, dass man einen Weg beschreiten kann, wo man Neuinfektionen vermeidet, weil sich jede Bürgerin und jeder Bürger zunächst selbst um den Schutz der eigenen Gesundheit kümmert. Es werden Sicherheitsvorkehrungen getroffen: der Mundschutz, das Reinigen von Flächen, das Desinfizieren usw.

Es liegt an uns zu beweisen, dass es möglich ist, arbeiten und wirtschaften zu können, gesellschaftliches Leben, persönliche Freiheiten genießen und trotzdem sicher sein zu können. Das wird für uns alle eine große Herausforderung sein. Ich wünsche mir und hoffe, dass die Südtirolerinnen und Südtiroler alle mitmachen. Dann haben wir einen großen Schritt getan.

(Hr. Steinegger) Zu den Fragen: Es gibt unterschiedliche Reaktionen auch von den Journalisten zur ganzen Diskussion um die Phase II. So fragt z.B. eine italienische Journalistin, dass laut den Juristen Südtirol, wenn es jetzt autonom vorgeht, die primäre Kompetenz des Staates verletzt. Wie will man damit umgehen? Sie haben schon das Gesetz angesprochen. Ist ein Landesgesetz die Garantie, dass man das halten kann?

(LH Kompatscher) Es ist klar, dass es schon eine mutige Herangehensweise ist. Wir stellen fest, dass die Herangehensweise des Staates genauso Anlass zur Kritik gibt, und durchaus diskutiert

werden kann, inwieweit man das alles mit einem Landesgesetz regeln kann. Das eine waren die staatlichen Notverordnungen in der absoluten und akuten Notsituation. Da war es auch nachvollziehbar. Jetzt stellt sich die Frage, inwieweit es verfassungsrechtlich legitim ist, fast alle Bereiche des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Lebens mit Notverordnungen aus Rom für Monate hinweg zu regeln.

Das betrifft viele Bereiche, für die Südtirol dank seiner Autonomie eigentlich primäre, ausschließliche Gesetzgebungsbefugnis hat. Und somit glauben wir, dass wir schon mit dem Gesetz agieren können. Man kann natürlich die Frage stellen, welche Aspekte genau geregelt werden können, wo geht es beispielsweise um den Gesundheitsschutz und wo ist es der Zivilschutz, für den wir selbst die Zuständigkeit haben. Wir wollen diesen Weg gehen. Wir suchen nicht bewusst den Konflikt, scheuen aber auch nicht eventuelle Angriffe. Wir werden diesen Weg verteidigen.

Noch einmal: Das Beste wäre, wenn es von Seiten Roms ein gewisses Einlenken geben würde, wenn man einsehen würde, man klar macht, dass die autonomen Länder das regeln können. Dann hätten wir die einfachste Lösung. Das ist bisher leider nicht erfolgt, also müssen wir den komplizierteren Weg über ein Landesgesetz gehen.

(Hr. Steinegger) Unterschiedliche Reaktionen gibt es auch genau auf die Ansprache von Ministerpräsident Conte am Sonntag. Die Enttäuschung in Südtirol war relativ groß. Jetzt sagen einige Journalisten, dass die Bürger oder Teile der Bürger mehr fordern, als Sie ankündigen. Sie sagen, man solle einen autonomen Weg gehen, um in die Phase II oder III nach Corona zu kommen.

Sie fragen aber dann nach, ob sie danach weiter in Richtung Vollautonomie gehen wollen, also die primäre Gesetzgebung in praktisch allen Bereichen zu erkämpfen, wo es nur geht, zum Beispiel Sanität, Recht, Ordnung, Sozialversicherung, Rente, Schule, Gesundheit. Umgekehrt ist eine andere Frage, ob diese Reaktionen in Südtirol auch Rom erreicht haben und ob sie von der italienischen Regierung auch Rückmeldungen auf die Forderungen, die in Südtirol laut werden, erhalten haben?

(LH Komhpatscher) Zunächst einmal - ich schlüpfe jetzt kurz aus der Rolle des Landeshauptmanns, der überparteilich ist - war es für die Südtiroler Volkspartei klar, dass diese gegründet wurde, um die Autonomie zu erreichen und die Interessen der deutschsprachigen und der ladinischen Bevölkerung zu wahren. Es ging darum, hier eine eigene Gesetzgebungs- und Verwaltungsbefugnis zu etablieren, nachdem seinerzeit die Rückkehr zu Österreich nicht möglich war.

Das Ziel war immer die größtmögliche Autonomie. Das haben wir immer schon verfolgt. Auch heute sind wir bei jeder Gelegenheit in Rom immer darauf erpicht, die Autonomie grundsätzlich auszubauen. Neben der täglichen Kleinarbeit unserer Parlamentarier und der Arbeit der Regierungsvertreter bei den Treffen mit den Ministern in Rom, wo man tagtäglich schaut, für Südtirol das Beste herauszuholen.

Es geht auch immer wieder um grundsätzliche Fragen in der Sechser- und Zwölfer-Kommission mittels Durchführungsbestimmungen und Änderungen des Autonomiestatuts, wo man wieder grundsätzlich ein Stück an Autonomie dazu gewinnt. In der Geschichte gab es auch immer wieder Rückschläge. Das wissen die Menschen und es ist klar. Diese Frage hätte man nicht stellen müssen.

Wo immer sich eine Gelegenheit bietet, Zuständigkeiten definitiv zu erlangen, nützen wird diese. Das sind die "Blumen am Wegesrand", wie es Silvio Magnago formuliert hat, die man mitnimmt und pflückt. Diese Gelegenheiten gibt es allerdings nicht immer, es gibt günstigere und weniger günstige Zeiten. Das hängt mit Regierungsmehrheiten und politischen Gesamtsituationen zusammen. Und ja, in den letzten Jahren ist einiges gelungen. Aber einige Ziele sind noch vor uns, die haben wir noch nicht erreicht. Wir möchten die größtmögliche Autonomie für unser Land.

In Bezug auf die Reaktionen aus Rom zu unserer Positionierung, die wir vorgenommen haben, so hat es diese selbstverständlich gegeben. Ich war gestern nach der Sitzung mit der Parteileitung noch im Kontakt mit dem Regionenminister. Dieser hat sich bei mir gemeldet. Wir haben miteinander kommuniziert, konferiert. Es gibt doch eine gewisse Distanz in den Positionen. Das ist noch einmal klar geworden und ich habe noch einmal auf unsere Position hingewiesen und darauf, dass wir unsere Autonomie einfordern. Es ist nicht mehr nachvollziehbar und akzeptabel, weitere Notverordnungen für das ganze Land nach diesem Modell und somit auch für das autonome Südtirol anzuwenden.

Wir sind bereit, diese Verantwortung zu übernehmen. Wir sind auch verantwortungsvolle Menschen und glauben, das Recht zu haben, auf diese Verantwortung zu pochen und das selbst regeln zu können. Die Rückmeldungen waren nicht entsprechend. Wir hatten heute erneut Kontakt, der klang etwas persönlicher. Es gab Dialogbereitschaft. Es gibt morgen eine Videokonferenz mit Minister Boccia.

Wir bleiben im Dialog und gehen trotzdem unseren Weg weiter. Wir können aber nicht einfach darauf warten, ob sich etwas ergibt. Wir werden das Gesetz sobald wie möglich in der Landesregierung verabschieden und an den Landtag weitergeben. Wie gesagt, sprechen wir heute auch noch mit den Fraktionsvertretern. Wenn es inzwischen ein Einlenken der Regierung gibt, umso besser. Dann sind wir schneller.

(Hr. Steinegger) Eine weitere Frage schließe ich daran an: Der Konvent Südtirol sei im Stillstand versandet. Man fragt, ob man mit der schnelleren Umsetzung des Konvents auch mehr Autonomie hätte erlangen und auch Corona-autonom verwalten hätte können.

(LH Kompatscher) Hinter solchen Fragen steht oft die Vorstellung, dass es nur darum geht, sich hier nur einig zu sein, dass wir etwas wollen. Warum habt ihr nicht beim Konvent weitergemacht und gesagt: "Das alles wollen wir". Dann hätten wir das jetzt. So ist es eben natürlich nicht! Das eine ist, was wir wollen, das andere ist, was wir in Rom erreichen.

Es braucht für die Fragen, die wir im Konvent diskutiert haben, und zumindest für jene, wo es Konsens gibt (in Richtung Ausbau der Autonomie, das ist breit getragen), natürlich auch die Zustimmung des römischen Parlaments, wenn es um eine Abänderung des Autonomiestatuts geht. Oder zumindest braucht es auch um die Zustimmung der römischen Regierung nach entsprechender Genehmigung durch eine Sechser- oder Zwölfer-Kommission und durch die Ministerien.

Wir haben viele dieser Punkte im Konvent längst in der Sechser- und Zwölfer-Kommission besprochen. Wir arbeiten dort daran. Wir haben sie längst als Gesetzgebungsentwürfe für Verfassungsänderungen im Parlament eingereicht. Wir haben die Situation, dass eine Zustimmung im Parlament für ein Verfassungsgesetz eine vierfache Lesung braucht, bei ständig wechselnden Mehrheiten und einer Stimmung, die zur Zeit alles andere als autonomiefreundlich ist. Es liegt also nicht am Fordern unsererseits, auch nicht am Wollen. Das findet tagtäglich massiv und klar statt. Es liegt an der Bereitschaft des Parlaments, diese Zugeständnisse zu machen.

(Hr. Steinegger) Wir haben noch ungefähr 6 Minuten. Es gibt zwei Fragenblöcke; der eine dreht sich um dieses Landesgesetz, das in Aussicht gestellt ist, was es alles anders regeln wird als auf staatliche Ebene. Und wir haben einen zweiten Fragenblock, der um die Frage geht, was ist derzeit erlaubt. Ich fange mit dem ersten an. Zunächst: Wird beim Individualsport etwas anders gemacht, also nicht der Mannschaftssport, sondern Tennis, Schwimmen, Golf usw.?

(LH Kompatscher) Ganz offen: Wir würden falsch spielen, wenn ich das nicht offen sagen würde. Das ist sogar im Dekret des Ministerpräsidenten Giuseppe Conte vorgesehen, dass ab nächster Woche Individualsport vermehrt ausgeübt werden kann. Das wird von uns natürlich übernommen, auch in Erwartung unseres Gesetzes werden wir weitere sportliche Aktivitäten angehen. Der Individualsport wird nächste Woche wieder erlaubt sein. Natürlich wird das auch im Landesgesetz entsprechend vorgesehen werden.

(Hr. Steinegger) Eine Frage: Die haben Sie vorhin schon fast beantwortet, aber ganz spezifisch: Kann Rom das Gesetz anfechten und rechnen Sie mit Gegenwind gegen das Gesetz?

(LH Kompatscher) Rom kann das Gesetz natürlich anfechten. Das ist vom italienischen Verfassungssystem vorgesehen. So wie wir staatliche Gesetze anfechten können, wenn wir glauben, unsere Autonomie ist verletzt, dann würden sie dem Autonomiestatut, bzw. der italienischen Verfassung widersprechen.

Unsere Autonomie ist geschützt und steht im Rang eines Verfassungsgesetzes. Staatliche Gesetze dürfen das nicht verletzen. Wir können uns wehren. Umgekehrt kann der Staat sich auch gegen unsere Gesetze wehren, wenn das Gesetz die staatliche Zuständigkeit verletzt. Der Landesgesetzgeber hat ein Gesetz erlassen, das eigentlich nicht in seine Zuständigkeit fällt.

Ob die Regierung diese Entscheidung trifft, ist eine andere Frage. Es ist nicht nur eine Frage der rechtlichen Bewertung, sondern auch der politischen. Hier gehe ich davon aus, dass wir unsere Position für den Fall entsprechend begründen und uns verteidigen können, sollte das der Fall sein. Ich wünsche mir, dass es zu keiner Anfechtung kommt. Ideal wäre, wenn das die Regierung bereits vorher einsieht, dass der Weg über regionale Zuständigkeiten der bessere ist.

(Hr. Steinegger) Was werden wir anders machen als der Staat im Bereich der wirtschaftlichen und Handelstätigkeiten?

(LH Kompatscher) Ganz klar: Keine falschen Erwartungshaltung wecken. Es wird nicht gelingen, mit dem Gesetz die Geschäftseröffnungen am 4. Mai durchzusetzen. Am 4. Mai haben wir noch kein Landesgesetz, das geht technisch nicht. Wenn die Regierung uns Zugeständnisse gegeben hätte, dann wäre das möglich gewesen und es hätte nur eine Verordnung des Landeshauptmanns gebraucht. Aber mit einem Gesetz dauert es mindestens bis zum 7. Mai. Uns geht es darum, dass wir Dinge zulassen wollen, weil wir glauben, dass wir auch die entsprechenden Vorkehrungen treffen.

Es geht aber nicht mehr nur um das Wann, sondern um das Wie. Wir werden großen Wert auf das Wie legen. Wir werden mit den Verbandsorganisationen, mit den Vertretern der Arbeitgeber und der Gewerkschaften schauen, dass wir ein ganzes Maßnahmenbündel und eine Reihe von Einvernehmensprotokollen haben, die dann als Regeln dafür gelten, dass man die Tätigkeiten ausüben kann. So werden wir das Gesetz vorsehen. Wir werden einige Dinge, die die Regierung Conte für später vorgesehen hat, mit den entsprechenden Schutzmaßnahmen vorziehen.

(Hr. Steinegger) Es gäbe noch einige Fragen von Privatpersonen, die vom Friseur bis über Werkstättenbesuch - Ja oder Nein - und Coffee to go gehen, aber wir sind am Ende der

Pressekonferenz und können darauf nicht mehr eingehen. Landeshauptmann-Stellvertreter Vettorato hat uns erreicht. Aber der Landeshauptmann hat noch ein Wort an uns zu richten.

(LH Kompatscher) Ein Aspekt, der mir noch sehr wichtig ist: Es geht bei dem Gesetz nicht nur darum, was alles aufgesperrt werden kann, sondern wie wir es gestalten müssen, dass die Menschen überhaupt ihre Arbeit ausüben können. Es geht auch um die Frage, wie wir Kinderbetreuung organisieren. Auch das müssen wir angehen.

Das ist auf staatlicher Ebene ebenfalls vernachlässigt worden. Es wurde zwar als Thema angesprochen, hier müssen wir aber die Verantwortung übernehmen und Lösungen dafür finden. Das ist uns bewusst. Das wird nicht leicht werden und die Anstrengung aller gemeinsam brauchen.

(Hr. Steinegger) Ich komme darauf zurück, dass wir ab dieser Woche im Zweitagesrhythmus da sein werden. Zweimal die Woche, am Dienstag und am Donnerstag sind wir mit der virtuellen Landesmedienkonferenz hier für Sie. Ich übergebe hiermit das Wort an meine Kollegin Silvia Fabbi, die dann die italienische Pressekonferenz moderieren wird. Danke an Arno Kompatscher und willkommen Landeshauptmann-Stellvertreter Giuliano Vettorato.